

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen. 37. Sitzung vom 25. Januar.

12 Uhr. Am Tische des Bundesraths: Delbrück, von Philippsborn, Dr. Michaelis u. A.

Das Haus tritt in die Beratung des Nachtrages zum Reichshaushalts-Gesetz für 1876.

§ 1 der Vorlage giebt die im Haupt-Gesetz vorbehaltene Uebersicht über die Vertheilung der Matrikularbeiträge auf die Einzelstaaten. Während § 2 einen Zuschuß für die Postverwaltung in Rom von 26,200 Mark, eine Erhöhung des für die Welt-Ausstellung in Philadelphia bewilligten Betrages auf 550,000 Mark und einen Beitrag zu der internationalen Ausstellung für Gesundheitspflege und Rettungswesen in Brüssel in Höhe von 75,000 Mark fordert.

Abg. Bamberger: M. H., ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die zweite Nummer des § 2 lenken. Bereits zweimal seit drei Jahren hat der Reichstag beträchtliche Summen für Weltausstellungen bewilligt, ohne irgend welche Bemerkung zu machen. Wenn ich heute zu einer Nachtragsbewilligung spreche, so glaube ich den Wünschen mancher Kollegen zu entsprechen, zumal da mir die Art der Bewilligung nicht ganz unbedenklich scheint. Denn wie verläuft die Sache eigentlich? Das A sagt der Bundesrath resp. die Bundesregierungen in einer Weise, die schon von selbst den Reichstag bindet, da die Entscheidung zu diesen Ausgaben in Zeiten, in denen der Reichstag nicht beisammen ist, gewöhnlich erfolgt. Dann muß der Reichstag B sagen und nach einer constanten Praxis in diesen Dingen zeigt sich dann, daß die bewilligte Summe nicht ausreicht, dann sagt die Regierung C und der Reichstag D, bis wir ziemlich weit im Alphabet kommen. Die in Betracht kommenden Summen sind außerdem nicht gering. Die Wiener Weltausstellung hat außer den 600,000 Mark, welche die einzelnen deutschen Staaten aufgewandt haben, dem Deutschen Reich 3 Millionen Mark gekostet.

Die Ausstellung in Philadelphia wird uns nach jehiger Sachlage ungefähr 600,000 Mark kosten, das macht also in drei Jahren die Summe von 3,600,000 Mark, und wenn sich die Sache alle drei Jahre regelmäßig wiederholen sollte, den Betrag von 1,200,000 Mark pro Jahr; das wäre etwa der Bruttoertrag der Tabaksteuer. Ich bin nun kein Gegner der Tabaksteuer, aber wenn ich die Wahl habe zwischen einer Weltausstellung oder die Umlegung einer Tabaksteuer im Princip, so weiß ich noch nicht, wofür ich mich entscheiden würde. Ich halte übrigens die Erreichung des Zweckes, für welchen diese Summen bewilligt werden, nach vielen Richtungen hin fraglich, obwohl ich mich der heutigen Ansicht der verbündeten Regierungen gegenüber durchaus nicht ablehnend verhalten will, denn ich sehe die Nothwendigkeit ein, daß die verbündeten Regierungen so handeln müssen, wie sie gehandelt haben. Man wirt ihnen nämlich vor, daß unser Ausfuhrhandel nicht genug ihre Fürsorge genesse, so daß eine Weigerung, hier eine Hebung unseres Exports zu versuchen, ihnen zum schweren Vorwurf gemacht würde. Diese Klagen sind durch die Statistik keine Befriedigung, die Reichsstatistik hat jedoch ihren sechs-  
zehnten Band ausgegeben, aus dem diejenigen, welche ein Land für je glücklicher halten, je weniger es aus der Fremde einführt, sehen können, daß im Jahre 1874 unsere Einfuhr im Verhältnis zum Jahre 1873 um 13 bis 14 Prozent abgenommen hat. Während wir im Jahre 1873 für etwa 1400 Millionen Thaler Waaren importirt haben, haben wir im Jahre 1874 nur etwa über 1200 Millionen Thaler eingeführt, und auch die überlieferten Anmerkungen über den Ausfuhrhandel haben von der neueren Statistik eine Correctur zu erwarten. Das statistische Amt hat erklärt, seine Controle bezüglich der Ausfuhr sei so unvollkommen, daß es sich lieber enthalte, die Schlussfassen zu geben. Private Berechnungen haben ergeben, daß unsere Ausfuhr nicht wie unsere Einfuhr abgenommen hat. Wir hätten aber wie in Oesterreich außer den handelspolitischen Rücksichten noch andere Gründe, zur Bekämpfung der amerikanischen Ausstellung zu ermuntern.

Wir sind gewiß alle damit einverstanden, der amerikanischen Nation ein Zeichen unserer Sympathie zu geben, zumal da in neuerer Zeit ein unbedeutender Vorfall die Empfindlichkeit der Amerikaner gegen Deutschland hervorgerufen hat, nämlich die Aeußerung eines ansehnlichen Blattes über den Zusammenhang eines großen Verbrechens mit irgend welcher Erscheinung des amerikanischen Lebens. Wie wir jetzt die lebhaftesten Sympathien für diese große Nation kundgeben, so haben wir es auch gethan zur Zeit des Secessionskrieges, als die anderen großen Nationen mit ihren Sympathien durchaus diesem Staatswesen nicht zur Seite standen. Selbst der vielberühmte Satz: „In Gelblichen hört die Gemüthlichkeit auf“ wurde zur Unwahrheit, und die lebhafteste Theilnahme namentlich des deutschen Südens bei der amerikanischen Staatschuld während des Secessionskrieges beruhte nicht auf Calcul, sondern wirklich auf einem sympathischen Zuge zwischen den beiden Völkern. Man könnte nicht mit Unrecht meinen, daß das hohe Schutzgollsystem der Vereinigten Staaten ein Abhaltungsgrund sein sollte gegen die Beschiebung einer Ausstellung, denn was soll einer Nation, sagt man, welche so hohe Schutzgölle hat, die Verleugung, wie gut oder billig eine andere Nation producirt. Gerade die in Deutschland cultivirten Produktionszweige, die Woll- und Tuchwaaren, sind in America enorm besteuert, theilweise bis zu 70 Prozent. Aber man hat entgegengesetzt, daß eine Ausstellung dazu beitragen könnte, andere Anschauungen in America wahrzunehmen. Wenn ich auch der Beschiebung dieser Ausstellung nicht feindselig gegenüberstehe, so möchte ich doch das Präjudiz vermeiden, daß durch die wiederholte in kurzen Zwischenräumen ertheilte Bewilligung die Regierung ermächtigt sei, die Theilnahme des Deutschen Reiches mit großen Summen voranzutreiben. Der Mißbrauch mit den Weltausstellungen ist durchaus nicht zu billigen, vor allen Dingen sollte man auf längere Zwischenperioden sehen. Italien und Rußland haben sich mit Recht geweigert, zu Ehren einer Weltausstellung ihr Budget zu belasten.

Speziell den Deutschen haben am allerwenigsten Grund zu solcher Ausgabe, da gerade die durch solche Ausstellungen geförderten Zweige der Gewerbsfähigkeit bei uns am schlechtesten vertreten sind. Denn die Schaulust der Menge wird nie befriedigt durch die deutsche Abtheilung, das ist meine persönliche Erfahrung. Es fehlt an Glanz, an Anziehungskraft, an Eleganz der künstlerischen Leistung, was auch der amtliche Bericht über die Wiener Weltausstellung (Heft 17) constatirt. Die wohlfeile und massenhafte Production eignet sich nicht für Ausstellungen, deshalb hat mit Recht die Wollwirthschaft die Wiener Ausstellung nicht besichtigt. Noch eins möchte ich in Bezug auf die amerikanische Ausstellung der Regierung empfehlen. Außer der regelmäßig vom Staate eingesetzten Commission besteht noch eine Kategorie von Vermittlern und Agenten, welche schon bei früheren Ausstellungen Klagen veranlaßt haben, die am leichtesten aus unvollständigen, schiffbrüchigen Erfahrungen sich rekrutiren und auf dem Boden von Philadelphia ein sehr gefährliches Element werden können. Zur äußerst vorrührigen Auswahl dieser Agenten mag die Regierung ihre Abgeordneten instruiren. Ich sage dies auf Grund von kompetenten Andeutungen und Warnungen, welche mich aufmerksam machen, daß bereits eine Schaar von Agenten wie hungrige Wölfe darauf warten, unsere ausstellenden Industriellen gründlich zu plündern. Generell möchte ich noch bemerken, daß ich in den amtlichen Berichten über die Wiener Weltausstellung manchen Hauptgesichtspunkte vermissen. Von dem Gesichtspunkte der Technik und Celebrität sind alle ganz vortreflich, aber den Punkt der Handelsbeziehungen habe ich in allen Festen, wenn ich nicht Unklarheit im Auge gehabt habe, absolut nicht finden können. Obwohl ich die Schwierigkeiten einer solchen Darstellung im Momente der Ausstellung nicht verkenne, möchte ich doch die Regierung ersuchen, ihre Mandatäre zu instruiren, daß sie von vornherein die commercielle Seite des künftigen Ausstellungserfolgs ins Auge fassen, da wir ja für unsere Subventionen von den einzelnen Ausstellern Notizen nehmen und von ihnen später Berichte verlangen können.

Eine solche Ermittlung würde für unsere künftige Haltung Welt-Ausstellungen gegenüber außerordentlich wichtig sein. Um die Reihe meiner pia desideria nicht zu lang zu machen, will ich damit schließen, daß ich die Vorsetzung, als deren Mandatar ich die verbündeten Regierungen ansehe, bitte, uns noch lange zu beschäftigen mit einer Weltausstellung in Berlin (Heiterkeit). Ich gehöre nicht zu denjenigen, welche von der viel berunglücktesten Stadt Berlin

gern Lebles sagen und ich glaube, daß diejenigen, welche ihr leicht Lebles nachsagen, es am meisten deshalb thun, weil sie trotzdem doch nicht leugnen können, daß sie sich unwillkürlich von ihr als Centrum deutschen Lebens angezogen fühlen. Aber ich glaube, daß die Gefahren einer Weltausstellung hier den wenigsten Widerstand in den Verhältnissen finden würden. Man ist jetzt glücklicherweise davon zurückgekommen, daß es wirklich eine Hebung des Nationalwohlseins bedeute, wenn einmal vorübergehend in einer Stadt so viel Schaubühnen aufgeschlagen werden, daß Groß und Klein zusammenläuft, daß viele Kaffee- und Bierhäuser entstehen, daß von den höchsten Spitzen der Gesellschaft bis zu den untersten Schichten der Taschendiebe, alles auf ein paar Monate zusammenströmt. Deshalb schließe ich mit der Empfehlung: Nicht zu viel Weltausstellungen und namentlich keine in Berlin!

Präsident Delbrück: Ich kann dem Vorredner die Versicherung geben, daß die Reichsfinanzverwaltung gewiß aus dem zugehenden Wortum des Reichstages in diesem Falle nicht eine Berechtigung ableiten wird, auch für zukünftige Fälle für alle Weltausstellungen eine gleiche Zustimmung zu erwarten. Ich persönlich erkläre, daß unter den ja nicht immer angenehmen Nachrichten, die ich zu bekommen habe, mir die Ankündigung der internationalen Ausstellung eine der unangenehmsten war, weil ich sofort aus dieser bloßen Ankündigung die weiteren Konsequenzen zog, und es beruhigte mich dabei durchaus nicht die Zuversicht, daß der Reichstag demnach sich bereitwillig finden lassen werde, das Geld zu bewilligen. Mir ist, ganz abgesehen davon, eine solche Ausgabe, von der ich nicht von vorn herein die Ueberzeugung habe, daß sie sich, wenn auch auf andere Weise, wieder einbringen läßt, im höchsten Grade widerwärtig. Auch im Schooße des Bundesrathes ist diese Bewilligung nur beschlossen worden nach sehr ernster Erwägung aller der Momente, die es unzulässig erscheinen ließen, sie nicht zu bewilligen. Man weiß auch im Bundesrathe sehr gut, daß eine Menge sogenannter internationaler Ausstellungen keinen anderen Zweck haben, als einer bestimmten Stadt einen reichen Fremdenzufluß zuzuführen und gewisse Unternehmungen, denen ein öffentliches Interesse nicht zu Grunde liegt, zu fördern; und dazu mitzuwirken wird der Bundesrath gewiß nicht bereit sein. Was den Wunsch betrifft, die deutschen Aussteller vor gewissen Agenten zu schützen, so kann ich versichern, daß von Seiten des deutschen Reiches Alles geschieht ist, was in dieser Beziehung geschehen konnte. In Bezug auf den zweiten von dem Vorredner geäußerten Wunsch kann auch ich nur sagen, ich wünsche, daß er sich erfüllen möge, ich muß aber betonen, ich glaube schwerlich, daß es möglich sei. Die einzelnen Industriellen — und ich kann ihnen das gar nicht übel nehmen — sind, wenn es sich um Anknüpfung neuer Verbindungen handelt, ganz ungemein wenig geneigt, mittelstamt zu sein. Sie pflegen, so lange sie können, eine jede solche neue Verbindung als ihr Geheimniß zu betrachten, am allerwenigsten aber dann Theilnahmen zu machen, wenn sie wissen, daß dieselben aller Welt zugänglich gemacht werden sollen. Was endlich den Blick in die Zukunft des Berliner Ausstellungs-Projectes betrifft, so liegt diese Sache, meinem Gesichte nach in so weiter Ferne, daß ich augenblicklich glaube, gar nicht weiter darauf eingehen zu sollen.

Abg. Reichensperger: Die Nr. 1 des § 2 verlangt von uns eine nachträgliche Neubewilligung von nicht weniger als 26,200 Mark für die Gesandtschaft in Rom. Ich kann für diese Bewilligung nicht stimmen. An dem alten Grundsatze der Sparsamkeit, der Preußen groß gemacht hat, sollten wir auch bei den Ausgaben für das Reich festhalten; am Wenigsten aber haben wir Ursache, davon abzuweichen bei den Bewilligungen für das auswärtige Amt. Von keinem Gebiete der Reichsverwaltung wird der Reichstag in einem solchen Grade und auf eine solche Weise stiefmütterlich behandelt, als vom auswärtigen Amte. In den parlamentarischen Vertretungen aller Staaten ist es Sitte, die auswärtigen Angelegenheiten vor allen anderen erscheinend und eingehend zu behandeln, und die Regierung kommt diesem natürlichen Rechte überall durch weitläufige Promemorias, durch Selbst- und Blaubücher u. s. w. bereitwillig entgegen. Bei uns im deutschen Reichstag ist eine solche Besprechung etwas ganz Fremdes geworden. Ich constatire, daß in dieser ganzen Session die auswärtige Politik noch gar niemals zur Sprache gekommen ist. Wir werden darauf angewiesen und gezwungen, unsere Ansichten über auswärtige Politik ausschließlich aus den Zeitungen zu entnehmen; und das hat zu ganz außerordentlich weitgehenden Bedenken und tief schädlichen Folgen führt, lehrte erlautend der bekannte Vorgang vom Frühling vorigen Jahres. Als die officielle Presse glücklich die Kriegspanne in Scene gesetzt hatte, durch welche die Interessen des Landes auf's Tiefste geschädigt wurden, sprach die auswärtige Presse von einer Berliner Drohnote, die eine Kriegserklärung in sich bergen sollte. Wie es sich damit verhielt, ist niemals aufgeklärt worden; und unsere offiziöse Presse wurde schließlich gezwungen, sich selbst Klagen zu strafen und wieder abzuwiegeln. Ich hatte immer erwartet, daß dieser Gegenstand hier im Hause zur Sprache gebracht werden würde, und zwar von einer maßgebenden Fraction. Denn wir haben es deshalb nicht gethan, weil, wenn wir solche dunkle Punkte erörtern wollen, wir gar zu leicht Mißverständnisse unterliegen. In den Motiven zur Begründung des Zuschusses für die deutsche Gesandtschaft in Rom wird auf die englischen und russischen Gesandtschaften hingewiesen. Das kann für uns unmöglich maßgebend sein.

Alle Welt weiß, daß Frankreich und England größere Geldmächte und gewohnt sind, überall mehr Geldaufwand zu machen als wir. Wir sollten uns hüten, einem solchen Beispiele zu folgen, wir würden bei einer Concurrenten doch schließlich hinter jene Staaten zurückbleiben. In diesem speciellen Falle aber habe ich außerdem keine Ursache, zur Erhöhung des Glanzes für den Quirinal eine Summe zu bewilligen, während der Papst, der älteste Souverain in Europa, wider alles Recht von seinem Herrscherthum verdrängt ist und im Vatican die Hilfe Gottes erwartet, um den Rechtszustand wieder herzustellen. Das sind die Gründe, die mich bestimmen, gegen diese Summen zu votiren. Was die Nr. 2 des Paragraphen, die Summe für die Ausstellung in Philadelphia betrifft, so hätte der Präsident des Reichskanzleramtes, wenn ihm die Ankündigung davon wirklich so unangenehm war, doch ein sehr bequemes Mittel gehabt, sich alle solche Zumuthungen, die die Kosten des Reiches in Anspruch nehmen, für immer fern zu halten. Er hätte nur in diesem Falle einfach zu sagen brauchen: quod non, und ich begreife auch eigentlich gar nicht, weshalb dies nicht geschehen. Es ist durchaus eine Quisition, wenn man meint, daß durch derartige Ausstellungen die Kunst und Industrie gehoben und gefördert werde; und ich kann auch zur Bekämpfung dieser Ausstellung auf Kosten des Reiches meine Zustimmung nicht geben. Bei der 3. Nummer dieses Paragraphen erkenne ich die Berechtigung und die Wohlthat des Zweckes, der erreicht werden soll, vollkommen an, jedoch scheint mir die Höhe des hier geforderten Betrages 75,000 Mark bedenklich. Wenn gleich ich gegen diese Position nicht stimmen will, muß ich doch vor der Majorität warnen, auf Kosten des Staates Privatunternehmungen, denn ein solches ist diese Ausstellung für Gesundheitspflege, zu unterstützen. Diese Art Staatshilfe würde zu bedenklichen Konsequenzen führen.

Präsident Delbrück: Die Frage der Vorlegung von Blaubüchern an den Reichstag ist schon in einer früheren Session ausführlich erörtert worden; und die Grundsätze, die damals von Seiten des Reichskanzlers gegen diese Vorlegung vorgebracht wurden, haben sich der wiederholten Anerkennung Seitens der Mehrheit des Hauses zu erfreuen gehabt. (Zustimmung.) Was aber die Thatsache anlangt, daß während des Ablaufs dieser Session von den auswärtigen Angelegenheiten nicht die Rede gewesen ist, so übertraff es mich, daß der Vorredner sich darüber heute und bei diesem Gegenstand der Beratung bellagt. Ich denke die Diskussion über das auswärtige Amt hat im vorigen Jahre stattgefunden in einer Sitzung, welcher der Träger der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches persönlich beiwohnte. Dort wäre der richtige Ort gewesen, die auswärtigen Dinge zur Sprache zu bringen; ich erinnere mich aber nicht, daß dies von irgend einer Seite — auch nicht von dem Vorredner — geschehen sei. Er kann somit die Klagen, die er über das Fehlen dieser Diskussion erhoben hat, nur getrost an seine eigene Adresse richten. — Die Brüsseler Ausstellung ist allerdings ein Privatunternehmen, aber nicht in dem Sinne, daß ein Privatunternehmer nur die gesammelten Kosten trägt, sondern in dem Sinne der großen englischen Ausstellungen, die sämmtlich von Privaten ausgingen. Es handelt sich um Gegenstände, die zum Theil erst angefertigt werden müssen. Das Reich ist in letzter Linie

und nur für solche Kosten angegangen worden, die sich auf anderem Wege nicht beschaffen lassen.

Abg. Freiber v. Döder: Die vielfach abspredhenden Aeußerungen des Abgeordneten Bamberger sowohl wie des Abg. Reichensperger werden vom Volke in seiner Mehrheit schwerlich geteilt werden. Der wohlthätige Einfluß der Weltausstellungen auf Handel, Gewerbe und Kunst ist unbestreitbar, aber er ist ein indirecter, der sich nicht immer sofort ziffermäßig nachweisen läßt.

Abg. Schröder (Lippstadt): Es bedarf eines gewissen Muthes, um bei der verhältnismäßig geringen Forderung von 26,000 Mark das Wort zu nehmen, ich schöpfe ihn daraus, daß ich mir vergegenwärtige, daß jedes Tausend hier bewilligter Mark aus der Tasche unserer Wähler erhebt werden muß. Es ist kein Grund vorhanden, unsere Diplomaten deshalb schlecht zu bezahlen, weil wir von unserer auswärtigen Politik nichts hören, man müßte sie im Gegentheil, äge der Grund des Schweigens darin, daß wir nichts zu befürchten haben, recht gut bezahlen. Welches aber die Erfolge unserer auswärtigen Politik sind, hat der Abg. Reichensperger mit dem Hinweis auf bestimmte Thatsachen dargelegt. Was wir damals erfuhren, war, daß der Friede ernstlich bedroht sei durch Deutschland, und daß die Gefahr beseitigt wurde nicht durch Deutschland, sondern durch eine andere Macht. Von solchen Vorgängen, denen amtlich nicht widersprochen worden ist, sollten die Vertreter des Reiches doch wenigstens einige Kunde erhalten. Nach den Vorgängen bei der Erhöhung der Gehälter des Botschafters in London vor 3-4 Jahren und des Botschafters in Paris gerade zu einer Zeit, wo an Stelle des luxuriösen kaiserlichen Hofes eine nüchternere republikanische Regierung trat (Heiterkeit), scheint sich hier die Praxis ausgebildet zu haben, die Gehälter der Botschafter ebenso zu behandeln, wie die Gehälter des Monarchen. Der Reichskanzler hat bei der eben erwähnten Gehaltserhöhung des Botschafters in London selbst erklärt, daß die Geldfrage mit der Erhöhung eines Gehaltens zum Botschafter nicht zu thun hat, offenbar ist aber doch die äußerliche Veranlassung zu der Vorlage aus der in Folge einer Courttoisie erfolgten Rangeserhöhung des Gesandten in Rom herguleiten. Das Motiv der Vorlage, es sei der Würde des Reiches nicht entsprechend, daß die dortigen Missionen, wie es bisher geschehen sei, bedeutende Summen zuzuführen genöthigt seien, hat mich nicht angenehm berührt, dieses bei jeder Gelegenheit ins Feld geführte Motiv kann dadurch leicht seine Kraft verlieren.

Ich muß auch dagegen remonstriren, daß auf die Ueberzeugung Bezug genommen wird. In der nach der Occupation Roms durch die italienische Regierung eingetretenen enormen Ueberzeugung ist seit dem vorigen Jahre ein Rückschlag eingetreten. Der dortige deutsche Gesandte bezieht 75,000 Mark in Gold, als das bedeutende Goldagio eingerechnet über 100,000 Lire. So viel haben neben einer Wohnung, wie sie der Palazzo Caffarelli bietet, nur Wenige in Rom zu verzeihen. Die Zinsen der von uns bewilligten Summe zur Herstellung und Ausschmückung dieses Palastes von über 900,000 M. und die jährlichen Kosten der Instandhaltung desselben, die auf mindestens 10,000 M. veranschlagt werden müssen, zu dem Gehalt hinzugerechnet geben eine Summe von 145,000 M., während der Aufwand für den englischen Botschafter in London nur 144,000 M. beträgt. Der Vergleich in den Motiven mit dem russischen Botschafter trifft auch nicht zu, denn der Rubel ist zu hoch im Cours angenommen. (Ho!) Wir sollten jedenfalls den Anfall der Beratung über den sogenannten Arminiparagraph, vor der wir stehen, abwarten und zusehen, wer bei uns noch Diplomat bleibt und wer es noch werden will. Ich habe nach der letzten Rede des Reichskanzlers über Schußmann und Diplomat die Aeußerung vernommen: Ich will lieber Schußmann an der Ede der Leipziger- und Friedrichsstraße sein, als Diplomat (Aufe: Geschmachade). Ja wohl, das ist Geschmachade; ich habe mich meinerseits entschieden, daß ich keines von beiden sein möchte. (Große Heiterkeit.)

Abg. Graf Franckenberg: Gegenüber den Excursionen des Vorredners auf Gebiete, die in einem sehr engen Zusammenhange mit der vorliegenden Frage stehen, möchte ich darauf hinweisen, daß die Erhöhung des Gehaltens in Rom zum Botschafter, welche wir uns haben auferlegen müssen, unabhängig von uns erfolgt, daß sie uns gewissermaßen extortirt worden ist (Hol im Centrum). Die auswärtigen Mächte haben nach der Erhebung des Deutschen Reiches auf seinen heutigen Standpunkt im europäischen Concert es für angemessen erachtet, ihre hiesigen Gesandten zu Botschaftern zu ernennen, und es war eine sehr ehrenvolle Gegenleistung unsererseits, daß wir unsere Gesandten an den dortigen Höfen ebenfalls im Range erhöhten. Die Sache wird erst dann ihren Abschluß finden, wenn die Gesandten aller Großmächte zu Botschaftern ernannt sind. Besser wäre es vielleicht überhaupt unterbleiben. Nach den Vorgängen in der italienischen Kammer und dem Besuch unseres Kaisers in Italien bedauere ich, heute hier eine Polemik eröffnen zu sehen, die nicht ganz auf der Höhe der Situation und der idealen Gefühle, die sich damals bei jedem Deutschen geltend gemacht haben, steht. (Beifall.) Der Palazzo Caffarelli ist der Sammelplatz der deutschen Gesellschaft in Rom vom Vornehmsten bis herab zum Künstler. (Gelächter links.) Es wäre dem Deutschen Reiches gewiß unwürdig, wenn es einen bestimmten Diplomaten nach Rom hinschicken wollte, dies aber aus pecuniären Rücksichten nicht könnte; der Abg. Schröder hätte sich hier von denselben Ermüdungen lassen sollen, die ihn bestimmt haben, für die Diäten der Reichstagsabgeordneten zu stimmen.

Abg. Windthorst: Der berehrte Colleague aus der Botschafter-Fraction hat auf der Höhe der Situation gestanden, als er die Diätenfrage des Reichstages mit dieser Frage in Verbindung brachte; im Uebrigen bin ich der Ansicht, daß er die Lage der Dinge gänzlich verkannt hat. Darüber, ob Herr v. Keubell oder, wie es nach den eben gemachten Andeutungen scheint, ein anderer, der weniger reich als er ist, Gesandter oder Botschafter heißen wollte, haben wir gar nichts zu sagen. Alle die idealen Gefühle, von denen der Vorredner gesprochen hat — ich habe gar keine Gefühle dabei — werden absolut nicht verletzt, wenn auch diese Position abgelehnt wird. Ein Botschafter in Rom kann mit dem bisherigen Gehalt gewiß auskommen, sowie auch der Pariser Botschafter ohne eine Erhöhung hätte auskommen können. Bei der gegenwärtigen Noth in Deutschland (Unruhe) — die Herren scheinen davon nicht überzeugt zu sein — sollte man nicht Bewilligungen machen zu dem bloßen Zweck, damit die Deutschen, die Geld genug haben, nach Rom zu reisen, einen angenehmen Abend in dem Palast Caffarelli erleben können. Keine andere Macht, am allerwenigsten Italien, kann uns etwas octroiren, dazu sind wir doch zu stark. Deshalb sind alle diese Rebenarten für mich — pro nihilo (Stürmische Heiterkeit).

Abg. Graf Bethusy-Huc: Der Abg. Schröder schien anzudeuten, das beste Lob für Diplomaten sei, was man sonst als das beste Lob einer Frau bezeichnet, das am wenigsten von ihr geredet wird. Man hat auf frühere lächerliche Zeitungsgerüchte hingewiesen; solche Gerüchte gewinnen nur dadurch an Gewicht, wenn Mitglieder dieses Hauses nach 6 Monaten sie wieder aufnehmen. Sie sollten so lange pro nihilo angesehen werden, bis sie von einem amtlichen Organ bestätigt werden. Ich muß die Frage, ob die Gesandten in Rom mit dem bisherigen Gehalt auskommen können, verneinen; es ist notorisch, daß wir Diplomaten auf große Kosten nicht sparen können, weil sie nicht im Stande sind, ex proprio zuzuführen. Die Bemerkung des Vorredners über die angenehmen Abende im Palast Caffarelli scheint mir sehr die Wichtigkeit des Verkehrs eines beglaubigten Botschafters mit den Mitgliedern seiner Nation zu unterschätzen. Die unlegendar bestehende geschäftliche Krisis unseres Landes kann uns nicht abhalten, diejenigen Posten zu bewilligen, welche zum Schutze der Interessen des Vaterlandes nöthig sind. Des Pudels Kern, weshalb die Herren vom Centrum gegen die Bewilligung dieser verhältnismäßig geringen Summe sind, ist, daß sie das Freundchaftsverhältnis des Deutschen Reiches zu Italien mit unangenehmen Augen ansehen. (Sehr wahr! Widerspruch im Centrum.) Ich werde sehen, ob Sie (am Centrum) den Muth haben werden, dem zu widersprechen. Ich glaube, daß der deutsche Reichstag ein großes Interesse hat, vor Europa zu constatiren, daß er dieses Freundchaftsverhältnis, dem der Deutsche Kaiser die äußere Sanction gegeben hat, auf das Allerliebteste billigt und auf seine Erhaltung den größten Werth legt. (Beifall. Zwischen im Centrum.)

Abg. v. Bennigsen: Ich wundere mich durchaus nicht darüber, daß die Herren vom Centrum gegen diese Forderung stimmen und dies motiviren;

aber daß der Sache diejenige Bedeutung des Widerspruchs beigelegt wird, wie das hier gesehen, kann uns allerdings wundern; denn was ist die Folge davon? Erreichen werden Sie doch nicht mit Ihrem Widerspruch, daß die Majorität des Hauses Ihnen beitrifft; erreichen werden Sie nur, daß Sie Ihre isolirte Stellung in allen diesen Fragen gegenüber der Vertretung des Deutschen Reiches nach außen und vor der Welt hier von Neuem Ausdruck durch die Abstimmung, die Sie selbst provocirt haben. (Sehr richtig! links.) Ich hoffe, es wird sich hier zeigen, daß alle Parteien des Hauses, so verschieden sie auch sonst in politischen Dingen denken mögen, in dieser Frage geschlossen gehen: Sie allein zusammenstehen, und, m. H., das ist für diese Frage und für die Stellung von Deutschland nicht schädlich, aber für Ihre Stellung könnte es möglicherweise nachtheilig sein. (Rufe im Centrum: O nein!) Denn die Ueberzeugung werden Sie niemals dem deutschen Volke beibringen, daß, wenn jetzt, nach den Erfolgen des Jahres 1870, nach der Wiedererrichtung des Deutschen Reiches, wir auch die Stellung für unsere Vertreter im Auslande bei den großen Mächten in Anspruch nehmen mit voller Zustimmung dieser anderen Nationen und ihrer Monarchen — daß das etwas wäre, was im Widerspruch mit den Wünschen des deutschen Volkes stünde, wenn es auch wirklich jährlich einige Tausend Thaler mehr kostet. So weit sind wir noch nicht heruntergekommen, so tief sind die Nothstände in Deutschland nicht, wenn auch Niemand die Kräfte ableugnen will, die wir Alle beklagen, daß wir für die Würde und das Ansehen des Deutschen Reiches nicht diese wenigen Tausend Thaler aufwenden könnten, wenn andere Länder wünschen, die Beziehungen unserer diplomatischen Agenten gegenseitig auf eine höhere Stufe zu heben, wie es auch von Italien geschieht.

Wir legen Werth auf das gute Verhältnis mit dem italienischen Volke und dessen Monarchen. Ob Sie das thun oder nicht — Ihre Aeußerungen schienen das zweifelhaft zu lassen — das kann der deutschen Nation gleichgültig sein; Sie haben gottlob nicht die Entscheidung zu geben (Rufe im Centrum: Sie auch nicht!) Auf links: O ja! über die Beziehungen zum italienischen Reich. Wir wünschen, daß die bisherige sympathische Politik beibehalten werde und wollen diesem Wunsche mit möglichst großer Majorität durch unsere Beschlüsse Ausdruck geben. Dann wird das Band, welches durch die Verhandlungen im Frühjahr und durch die Begegnung der Monarchen herbeigeführt ist, das Band der gemeinschaftlichen Interessen bei großen Fragen — ich will sie nicht näher berühren — verstärkt werden durch den Ausdruck der formellen diplomatischen Beziehungen und wir werden uns wohl wahren, wenn die Entscheidung darüber getroffen werden soll, die zunächst vom Kaiser des Deutschen Reiches zu geben ist, welchen Charakter der deutsche Gesandte in Italien haben soll, durch die Ablehnung der Forderung, diese Stelle angemessen zu dotiren, eine Kritik einer Handlungsweise auszuüben, die wir gerade im Interesse des Deutschen Reiches und der guten Beziehungen Deutschlands zu Italien nur in hohem Grade billigen können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Haenel: Es ist noch nicht ganz richtig, was Graf Bethusy gesagt hat, daß die Mitglieder der Centrumsfraction nicht den Muth gehabt hätten, diejenigen Gründe zu entwickeln, welche sie bestimmen, gegen die Position zu stimmen. Im Gegentheil hat der Abgeordnete Reichensperger offen erklärt, daß es gerade der Gegenfall sei, den sie zu einer Politik empfinden, die sich in ein freundschaftliches Verhältnis zu Italien setzt. Erinnern Sie sich, daß er den Gegensatz zwischen dem Palast Caffarelli und dem Vatican herbeigehoben hat. Sie (zum Centrum) haben es in der That producirt, daß wir diesen Vorkenntnissen höheren politischen Gesichtspunkten betrachten. Wenn es sich wirklich nur um die Frage handelte, ob 25,000 Mark mehr oder weniger, — darüber läßt sich discutiren, da könnte man den Calculator hinzuziehen und sich erkundigen, ob wirklich nach Maßgabe der Preisverhältnisse im Jahre die 25,000 Mark notwendig sind oder nicht, — und in der That ja einen Abgeordneten gebührt, welcher dieses Officium des Calculators an diesem Posten bereits ausgeübt hat. (Seitert.) Meine Partei ist nicht im Stande, zu beurtheilen, ob 25,000 Mark mehr oder weniger nöthig sind. Wir müssen uns hier auf den guten Glauben der Regierung verlassen. Wie sollen wir beurtheilen, ob die Broddpreise in Rom gestiegen sind oder nicht? Wie sollen wir den Umfang der Repräsentation beurtheilen, die zweifellos auch wir von unserm Gesandten erwarten, selbst „bis zu den Künstlerkreisen herunter“, wie gesagt wurde. (Seitert.) Wie sollen wir diesen Umfang beurtheilen, und wie sollen wir die persönlichen Vermögensverhältnisse jedes einzelnen Botschafters in Rom prüfen? Nein, meine Herren, dem entziehen wir uns; das ist ein Posten, der in einem Zusammenhang steht, wo 25,000 Mark nicht in Betracht kommen. Wir sind nach wie vor der Ueberzeugung, daß man auch ohne die 25,000 Mark eine gute Politik treiben könne, daß davon in der That nicht unser Freundschaftsverhältnis zu Italien abhängt. Aber in dem Augenblicke, wo man diese Frage hineinwirft, da giebt man uns auch nicht den mindesten Anlaß, in calculatorischer Weise einem derartigen Posten gegenüberzutreten. Das sind die Gründe, aus denen wir für die Position stimmen werden. Hätten die Herren aus dem Centrum diese Debatte nicht angeregt, so wäre Niemand in diesem Augenblicke zweifelhaft, ob er dasselbe thun solle. (Beifall.)

Abg. Reichensperger (Greifeld): Wenn der Abg. v. Beuening meint, daß wir durch unsere heutige Abstimmung unsere Position verschimmern, so kann ihm dies ja nur angenehm sein, denn er hat sich nie als unser Freund bewiesen. Es ist von verschiedenen Seiten bemerkt worden, daß wir um der deutschen Politik, um des Verhältnisses zwischen den beiden Monarchen willen gegen die Position stimmten. Ich habe diesen Punkt gar nicht berührt, und ich wundere mich, daß gerade der Abgeordnete v. Beuening in seiner autoritativen Stellung, die er Anders gegenüber aufrecht erhält, mir dies insinuirt hat. Es pflegt sonst nicht Sitte zu sein, jemandem Motive unterzuschreiben, die er nicht ausgesprochen hat. Ich habe von dem Gegensatz zwischen Quirinal und Vatican gesprochen, und das liegt auf einem andern Gebiete. (Widerspruch links.) Glauben Sie wirklich, daß abgesehen von persönlichen Sympathien ein intimes politisches Verhältnis zwischen beiden Regenten obwaltet? Wenn Sie es glauben, mögen Sie es thun, ich glaube es nicht.

Abg. v. Schorlemer: Ich beantragte getrennte Abstimmung über die einzelnen Positionen, um dem Centrum Gelegenheit zu geben, seine isolirte Stellung, auf die es sehr stolz sei (Beifall im Centrum), recht deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Verfönllich bemerkt der Abg. Schröder (Lippstadt), er habe den Muth, zu leugnen, daß seine Partei zu ihrer Haltung in der vorliegenden Frage durch das Freundschaftsverhältnis beider Länder bestimmt worden sei. Den Vergleich des Abg. Hänel mit dem Calculator findet er sehr geschmackvoll.

Abg. Graf Franckenberg constatirt, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß es ihm nicht beikommen sei, durch seinen vorher gebrauchten Ausdruck die Aristokratie des Geistes und der Kunst hinter die der Geburt und des Ranges zurückzustellen. (Beifall.)

Bei der darauf folgenden Abstimmung wird die Vorlage in allen Theilen angenommen. — Gegen den Zusatz für die Botschaft in Rom stimmen außer der Centrumsfraction nur die Polen und zwei Socialdemokraten. Der Gesetzentwurf, betreffend die weitere geschäftliche Behandlung der drei Justizgesetze wird hierauf in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die dritte Berathung der Uebersicht der ordentlichen Ausgaben des Deutschen Reiches für das Jahr 1874 mit dem Nachweise der Staatsüberschreitungen und der außerordentlichen Ausgaben. Das Haus tritt den in zweiter Berathung angenommenen Anträgen der Budgetcommission aus diesmal ohne Discussion bei.

Hieran schließen sich Petitionsberichte. Zunächst wird die Petition des Kaufmanns Werder zu Berlin, der um Ermäßigung der Eingangszölle des von ihm importirten Kinderreißes des deutschen Chemikers Reil bittet, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Es petitioniren ferner die Erben des Buchhändlers Johann Theodor Seeger um Entschädigung aus den Mitteln des Deutschen Reiches für die vom deutschen Consul Bezin in Philadelphia unterschlagenen 4000 Dollars. Der Antrag der Petitions-Commission, in deren Auftrage Abg. Aldermann eine Darstellung des Sachverhältnisses giebt, geht dahin, die Petition dem Reichskanzler zur Kenntnisnahme und zur Ermöglichung zu überweisen, ob nicht den Wahlconsuln die Annahme von Geldern außer den im § 18 des Gesetzes vom 8. November 1867 über die Organisation der Bundesconsulate vorgesehene Fälle zu verbieten sei.

Der Referent bemerkt, daß inzwischen Seitens des Reichskanzleramts ein Circularerlaß im Sinne des obigen Antrages an die Consulate ergangen sei, wodurch sich der Antrag wohl erledige, da zur Bewilligung des eigentlichen Anliegens der Petenten kein Anlaß vorliege. Dieser letzteren Ansicht ist auch der Abg. Dr. Kapp, da der Consul im vorliegenden Falle dolose gehandelt und die Ausantwortung der Erbschaft bewirkt hat, ohne im Besitz der Vollmacht der Erben zu sein. Dagegen kann der Redner den Commissions-Antrag durch den Circularerlaß nicht als erledigt betrachten, weil ihm letzterer nicht weit genug geht. Vielmehr müßte den Wahlconsuln die Annahme von Geldern überhaupt untersagt, oder darf bei den Neuanstellungen eine solche Bedingung gestellt werden. Jeder Bürger, der in Amerika Wahlconsul wird, eröffne seine Thätigkeit — er mag Lehrer, Architect oder Officier gewesen sein — mit einem Wechselgeschäft, das eben betrieben werde, so lange der

Frug zu Wasser geht, nämlich bis er bricht — und er bricht endlich. Der Vankerott des anerkannt tüchtigen und ehrenhaften deutschen Wahlconsuls in St. Louis in Folge unglücklicher Speculationen, wodurch Hunderte von Deutschen in Verlust gerathen sind, deutet an, wessen man sich noch von den anderen Wahlconsuln zu versehen habe. Jedemfalls mögen alle diese Vorgänge einen Anlaß geben, die Wahlconsuln durch Berufsconsuln zu ersetzen, wenigstens sei ein solcher in St. Louis absolut nothwendig.

Bundesbevollmächtigter Geheimrath v. Philipsborn ist der Meinung, daß die Regierung mit ihrem Circularerlaß bis an die zulässige Grenze gegangen sei, welche sie nicht überschreiten dürfe, ohne zahlreiche Mißstände hervorzurufen und viele nützliche Institute zu schädigen. Das Urtheil des Vorredners über die Wahlconsuln sei doch Angehörigen der verschwindenden Anzahl der vorgekommenen Unregelmäßigkeiten und in Anbetracht des Umstandes, daß sie sich aus den wohlhabendsten und bestrenommirten Kaufleuten rekrutiren, zu hart und nicht ganz zureichend. Auch sei es die Pflicht der Reichsregierung, überall, wo sich in Amerika ein Bedürfnis dazu herausgestellt hat, Berufsconsuln anzustellen.

Abg. Mosle ist durch die Erklärungen des Regierungsberaters durchaus befriedigt, weil auch er eine Erweiterung der Tragweite des Circulars in dem von Kapp angedeuteten Sinne für verfehlt halten müßte. Für Philadelphia und St. Louis sei allerdings die Ernennung von Berufs-Consuln durchaus notwendig, um so mehr, als die Einnahmen an beiden Stellen fast die Ausgaben decken müßten.

Der Referent beantragt, in Anbetracht des inzwischen ergangenen Circular-Erlasses über die Petition zur Tages-Ordnung überzugehen. Der Antrag wird genehmigt.

Der vormalige Münzmeister Th. Andersen und ebenso der Major a. D. von Kretschmann haben ihre Petitionen wegen Justiz-Verweigerung, welche den Reichstag schon wiederholt beschäftigt haben, von Neuem eingebracht. Die Commission hat beide, da die rechtliche Sachlage ganz dieselbe ist, zusammen beraten und beantragt, die Petitionen dem Herrn Reichskanzler zu überweisen mit der Aufforderung, derselbe wolle den Bundesrath veranlassen, bei der königlichen preussischen Regierung zu bewirken, daß die wider die Petenten ausgesübte Justizverweigerung dadurch beseitigt werde, daß dieselben an der Befreiung des Rechtsweges nicht weiter auf Grund der Verordnung vom 23. Februar 1854 behindert werden.

Das in fast allen vorherigen Landtags- und Reichstags-Sitzungen verhandelte Sachverhältnis wird nach seiner thatsächlichen wie rechtlichen Seite noch einmal von dem Abg. Keiner ausführlich erörtert, der den in der Frage von der preussischen Regierung eingenommenen Standpunkt als unbillig und ungerecht bezeichnet. Er wünscht dem Antrage der Commission die Erklärung hinzugefügt zu sehen, daß die von der preussischen Regierung in dieser Sache ergangene Anordnung als im Widerspruch mit der Reichsverfassung stehend angesehen werde.

Der Antrag der Commission wird hierauf unbedenklich angenommen.

Eine Petition verschiedener Bürger der Stadt Ottenjen in Holstein wird ohne Discussion dem Reichskanzler zur Berücksichtigung bei der durch § 3 des Gesetzes vom 25. Juni 1868, betreffend die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes, vorgeschriebenen Revision des Tarifs und der Klaffenabtheilung der Orte empfohlen.

Ein Verlagsantrag wird um 3 1/2 Uhr abgelehnt und das Haus tritt der vorgerückten Stunde ungeachtet in die Debatte über die sog. Zeugniszwang-Petition.

Befanntlich petitionirt der ständige Ausschuss des deutschen Journalistentages um den Erlass einer bestimmten gesetzlichen Vorschrift zu dem Zweck, daß, sobald nach § 20 des Reichspressgesetzes der Redacteur haftbar ist, jede zwangsweise Ermittlung eines anderen Schuldigen wegfällt, also auch kein bei Herstellung oder Verbreitung des betreffenden Preberzeugnisses Betheiligter zum Zeugnis über Verfasser oder Einsender desselben genöthigt werden kann.

Der Referent Abg. Hoffmann beantragt, die Petition an die Reichs-Justizcommission zur Ermüdung und eventuellen Berücksichtigung bei Vertheilung der Strafproceßordnung zu überweisen.

Von der gemöhnlichen Praxis, wonach Petitionen über Gegenstände, mit welchen bereits eine Commission beschäftigt ist, an diese durch den Präsidenten des Reichstages direct übergeben werden, hat die Petitionscommission, wie der Referent ausführlich, Abtand genommen. Denn es sei nicht zu verkennen, daß der mehrfach erwähnte und durch die öffentlichen Blätter hinreichend bekannt gewordene Fall der „Frankfurter Zeitung“ vom letzten Sommer, welcher hauptsächlich die Petition herbeigeführt, ein ungewöhnliches Aufsehen in ganz Deutschland und auch im Auslande erregt habe. Nicht bloß der Journalistentag, sondern auch der im vergangenen Sommer in Nürnberg verfallene Juristentag habe die Sache lebhaft erörtert, und ebenso sei sie im Publikum vielfach und theilweise mit unverkennbarer Erregung besprochen worden. Es habe sich an diesem Falle in eclatanter Weise gezeigt, wie sehr die Frage wegen des Zeugniszwanges gegen die bei der Presse Betheiligten eine Lebensfrage für dieselbe, insbesondere für den Theil derselben sei, welcher nicht über ein großes Material von verantwortlichen Mitarbeitern gebiete, und es sei daher in hohem Maße angezeigt, daß der Reichstag, vor dem ganzen Lande, also in öffentlicher Verhandlung, sich über die einschlägigen Fragen ausspreche. Er sei dies eben sowohl der Presse selbst, deren große Bedeutung für das gesammte constitutionelle Leben nicht bestritten werden könne, wie der öffentlichen Meinung schuldig, welche in der Sache lebhaft Partei ergreifen habe. Auch der Justizcommission würde, ebenso wie den verbündeten Regierungen, die Verhandlung im Reichstage, bebüß der von ihnen einzunehmenden Stellung zur Frage wegen des Zeugniszwanges nicht unwillkommen sein können.

Nach dem Schluß des Referats beschließt das Haus, um 4 1/2 Uhr, die weitere Verhandlung zu vertagen. — Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr (Petitionen und Anträge). — Der Präsident zeigt an, daß er auf die Tagesordnung der Donnerstagtagung die weitere Berathung der Strafgesetze obelle zu setzen beabsichtige.

Berlin, 25. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben nachbenannten Offizieren folgende Auszeichnungen verliehen und zwar den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub: dem Obersten und Flügel-Adjutanten v. Hymmen, Commandeur der 6. Cavallerie-Brigade, dem Obersten und Flügel-Adjutanten Prinzen Heinrich XIII. Reuß, Commandeur des königl. Husaren-Regiments (1. Rheinisches) Nr. 7; den königl. Kronen-Orden zweiter Klasse: dem Seconde-Lieutenant Grafen Botho zu Stolberg-Kosla im 1. Garde-Dräger-Regiment; den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife: dem Oberst-Lieutenant v. Haugwitz, Abtheilungs-Chef im Kriegs-Ministerium; sowie den Rothen Adler-Orden vierter Klasse: dem Major und Flügel-Adjutanten Grafen v. Arnim.

Se. Majestät der König haben dem Steueramts-Assistenten Diekmann zu Bloß im Kreise Herford den königl. Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König haben den Ober-Staatsanwalt Diehl in Wiesbaden unter Befreiung seines bisherigen Ranges zum Appellationsgerichts-Rath in Münster und den bisherigen Kloster-Ammann Weigel zum Regierungsrath ernannt.

Der Sanitätsrath Dr. Böhr in Berlin ist zum Kreisphysikus des Kreises Niederbarnim und der seitherige Kreiswundarzt, Privatdocent Dr. Falk in Berlin zum Kreisphysikus des Kreises Teltow ernannt worden.

Der königl. Bauminister Graf Carl Ludwig Peteren zu Posen ist in gleicher Amtsbeziehung nach Landsberg a. W. versetzt worden.

Berlin, 25. Januar. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] beehren gestern Abend 7 Uhr aus Anlaß der Geburtstagsfeier König Friedrichs II. wie alljährlich die Militärische Gesellschaft mit Allerhöchstherrn Gegenwart.

Heute Vormittag 11 Uhr nahmen Se. Majestät der König in Gegenwart Sr. königl. Hoheit des Prinzen August von Württemberg, des Gouverneurs, sowie des Commandanten von Berlin, zahlreiche militärische Meldungen entgegen und empfingen außerdem den Polizeipräsidenten von Madai und den nach Düsseldorf berufenen Regierungspräsidenten Bitter. Hierauf arbeitete Se. Majestät mit dem Chef der Admiralität, General der Infanterie und Staatsminister v. Stosch, und dem Chef des Militärcabinetts, Generalmajor v. Albedyll.

[Se. Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern in der Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg und erhielt heute dem königl. italienischen Botschafter die nachgesuchte Antritts-Audienz.

Beide Kaiserlichen Majestäten dinirten heute bei Ihren Kaiserlichen und königl. Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin.

[Se. Kaiserliche und königl. Hoheit der Kronprinz] erhielt gestern Vormittags 11 1/2 Uhr dem Regierungs- und Baurath Spieker und dem Geheimen Regierungsrath Schöne Audienzen und empfing um 12 Uhr den Ober-Ceremonienmeister Grafen Stillfried.

Abends 7 Uhr wohnte Se. Kaiserliche Hoheit dem Vortrage in der Militärischen Gesellschaft bei und besuchte um 8 1/2 Uhr die Oper.

Se. Kaiserliche und königl. Hoheit der Kronprinz wird sich heute Abend zur Geburtstagsfeier Höchstseines ältesten Sohnes, des Prinzen Friedrich Wilhelm königl. Hoheit, nach Kassel begeben und am 27. früh wieder hierher zurückkehren. In der Begleitung befindet sich der persönliche Adjutant Oberst Mitsche. (Reichsanz.)

— Berlin, 25. Januar. [Die Ordnung des Apothekenwesens. — Die Untersuchung über die Provinzialfonds.] Der Bundesrath-Ausschuss für Handel und Verkehr hat jetzt über die Frage wegen einheitlicher Ordnung des Apothekenwesens berichtet und beantragt, das Reichskanzleramt zu ersuchen, nach einer Reihe von leitenden Gesichtspunkten, die der Ausschuss aufgestellt hat, einen Gesetzentwurf über die Ordnung des Apothekenwesens auszuarbeiten zu lassen und dem Bundesrathe vorzulegen, sowie die eingegangenen Petitionen über diesen Gegenstand als Material für den auszuarbeitenden Gesetzentwurf zu benutzen. Diese leitenden Gesichtspunkte lassen sich in Folgendem zusammenfassen. Zunächst soll die Errichtung neuer Apotheken nur auf Grund vom Staat zu ertheilender rein persönlicher Concessionen erfolgen. Und zwar sollen neue Realberechtigungen und ausschließliche Apothekenberechtigungen nicht mehr ertheilt werden. Die Concession ist weder veräußerlich, noch vererblich. Sie erlischt mit dem Zeitpunkt der Nichtausübung derselben durch den Concessionar, mag diese eintreten in Folge eines freiwilligen Actes, oder durch den Tod des Berechtigten. Die Concession ist ohne Bedingung zu ertheilen, insbesondere darf dem neuen Concessionar die Verpflichtung zur Uebernahme der zur Einrichtung und dem Betrieb des Vorgängers gebührenden Vorräthe und Geräthschaften zu einem Taxpreise nicht auferlegt werden. Dagegen ist der Wittve und den minorren Kindern des verstorbenen Concessionars das Recht einzuräumen, die Apotheke noch eine ihrer Maximaldauer nach gesetzlich zu bestimmende Zeit hindurch für ihre Rechnung durch einen qualifizirten Apotheker verwalten zu lassen. Bei der Ertheilung der Concession ist nur die Rücksicht auf das öffentliche Interesse entscheidend. Namentlich kommt in Betracht, ob durch die Neuanlage einer Apotheke die Lebensfähigkeit der bestehenden beeinträchtigt wird, nicht aber, ob durch die persönlichen und Vermögensverhältnisse des Apothekers, durch die auf der Apotheke ruhende Schuldenlast u. s. w., die Concurrenzfähigkeit gefährdet wird. Normativzahlen über die ein ausreichendes Absatzgebiet bildende Zahl der Bevölkerung und deren Dichtigkeit, aber Entfernung von der Nachbarapotheke sind nicht aufzustellen. Sodann sollen mit dem Jahre 1900 diese Grundsätze auf alle concessionsierten Apotheken Anwendung finden. Alle Concessionen, sei mögen bisher persönliche oder veräußerliche und vererbliche gewesen sein, werden von diesem Zeitpunkt an nach den eben genannten Grundsätzen behandelt. Alle ausschließlichen Gewerbeprivilegien der Apotheken, die Berechtigung zu Apothekenconcessionen zu ertheilen, die dem Fiscus, Corporationen, Instituten oder einzelnen Berechtigten zustehen, alle Angaben, welche für den Betrieb des Apothekergewerbes erforderlich werden, sowie die Berechtigung, dergleichen Abgaben aufzuerlegen, sind vom Jahre 1900 ab aufgehoben. Für Streitigkeiten, die über diese Frage entstehen, ist eine dem § 9 der Gewerbeordnung analoge Bestimmung zu treffen. Ob und in welcher Weise den Berechtigten für die Aufhebung der vorstehend genannten Rechte Entschädigung zu leisten ist, bestimmen die Landesgesetze. Die auf dinglichen Berechtigungen beruhenden Realapothekenrechte werden durch das Gesetz nicht berührt und bleiben auch nach dem Jahre 1900 bestehen. Endlich sollen bis zum Jahre 1900 für das Rechtsverhältnis der bis zum Erlaß des Reichsgesetzes concessionsierten Apotheken diejenigen Normen maßgebend bleiben, welche in den einzelnen Bundesländern bisher auf Grund der Gesetze oder des Herkommens in Geltung waren. — Gestern und heute hielt die Gruppe des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Etats für die allgemeine Finanzverwaltung sehr erregte Sitzungen, deren Gegenstand die viel besprochene Frage der Belegung der Provinzialfonds bildete. Sämmtliche Mitglieder der Gruppe mit Ausnahme der Vertreter des Centrums, welche sich schweigend verhielten, erkannten an, daß der Finanzminister Camphausen bei dem Anlauf von Prioritäts-Obligationen zur Belegung der Fonds dem Gesetze gemäß und bona fide gehandelt habe. Auch die Conservativen wagen nicht dies zu bestritten und hoben ausdrücklich „die bekannte Lauterkeit“ des Ministers hervor. Gleichwohl wünschte ein Conservativer, daß die Vorgänge ebenso untersucht werden möchten, wie jene, welche einst dem Handelsminister Grafen Tzschirsky Last gelegt waren, und daß die Untersuchung einen gleichen Ausgang haben möge. Indessen wurde diese Aeußerung dahin ausgelegt, daß man nicht den Rücktritt des Finanzministers wolle. Ferner deuteten dieselben Mitglieder auf weit verbreitete Gerüchte durch die Zeitungen hin, welche es vermuthen ließen, daß ein Abgeordneter, der zugleich an der Spitze einer großen Finanzgesellschaft stände, irgendwie Bevorzugungen bei den Finanzoperationen erfahren hätte. Die Abgeordneten Ricker und Wehrenpennig drangen gegenüber dieser Andeutung auf Namensnennung. Ehe die Conservativen sich dazu entschlossen, erklärte der Abg. Richter-Hagen, man möge sich deutlicher aussprechen und den Abg. Miquel beschuldigen, daß er seine politische Stellung mißbraucht habe. Es werde Zeit sein nicht nur über die Verleumdungen, sondern auch über die Person ihrer Verbreiter Untersuchungen anzustellen; es lege nach Ueberzeugung des Redners ein Complot vor, den durch Lasker u. s. z. entlarvten und gestürzten Wagner durch die Verdrängung eines Parteigenossen Laskers zu rächen. Die Herren Ricker und Wehrenpennig übernahmen es, den Abg. Miquel sofort von den Vorgängen zu benachrichtigen und denselben zu weiterer Darstellung der Angelegenheit zu veranlassen. Die conservativen Abgeordneten erklärten indessen, sie hätten Miquel nicht gemeint und seien mit der größten Hochachtung und Sympathie für ihn erfüllt. — Die Gruppe wird übrigens noch einmal zusammentreten, um Antworten auf verschiedene Anfragen an die Regierung und außerdem eine in Aussicht gestellte Deutlichkeit derselben entgegen zu nehmen, sowie eine zustimmende Erklärung über die Legalität des Verfahrens Seitens des Finanzministers festzustellen.

[Die Eisenbahnfrage.] Wie telegraphisch gemeldet, schreibt die „Post“ hinsichtlich der Stellung des Staatsministeriums und insbesondere des Fürsten Bismarck zur Eisenbahnfrage theilt man uns mit, daß es sich bei der Frage, welche Fürst Bismarck dem Staatsministerium vorgelegt hat, zunächst um ein grundsätzliches Aussprechen in Betreff der Uebertragung der preussischen Staatsbahnen und der dem Staate zustehenden Hoheitsrechte über die Privatbahnen an das Reich handelt. Das Staatsministerium würde im Fall der Zustimmung dem Könige eine Vorlage an den Landtag in jenem Sinne unterbreiten, welche selbstverständlich nur ganz im Allgemeinen für die Staatsregierung die Ermächtigung, mit dem Reiche zu unterhandeln, verlangen würde. Uebrigens ist durch das Unwohlsein des Fürsten der eigentliche Ministerrath nicht verzögert worden.

[Erklärung.] Von dem Abg. Miquel geht der „N. L. Z.“ folgende Zuschrift zu:

Von Freunden wird mir die Mittheilung gemacht, daß in der Gruppe des Abgeordnetenhauses für die allgemeine Finanzverwaltung bei Besprechung der Erwerbung von Eisenbahn-Prioritäten für die Provinzialfonds mein

Name mit Bezug auf einige Zeitungsartikel erwähnt ist, welche angedeutet hätten, als wenn ich meine Stellung als Abgeordneter benutzt hätte, um die Staats-Regierung zum Ankauf von Prioritäts-Obligationen zu veranlassen.

Indem ich mir vorbehalte, der Gruppe des Abgeordnetenhauses den Wunsch auszusprechen, mir Gelegenheit zu weiteren Erklärungen in Bezug auf die systematisch ausgestreuten Verdächtigungen zu geben, erkläre ich schon jetzt:

Dass ich weder zu der Zeit, als ich an der Geschäftsführung der Disconto-Gesellschaft Theil nahm, noch später mit einem Minister Preußens oder des Deutschen Reiches, oder einem Beamten der Inhabitenfondsverwaltung, oder einer andern über den Erwerb von Eisenbahnprioritäten Verfügung treffenden Behörde wegen eines solchen Erwerbs verhandelt, dieweilhalb Rath ertheilt, an diesen Stellen Wünsche geäußert oder auch nur zufällig gesprochen habe.

Inbesondere ist dies auch nicht der Fall in Bezug auf die für die Provinzialobligationen beschafften Effecten.

**Barwalde, 25. Januar.** [Bei der heutigen Erswahl eines Abgeordneten zum Reichstage für den 5. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Köslin wurde der Candidat der conservativen Partei, Landrath a. D. v. Busse zu Berlin, mit 192 von 244 abgegebenen Stimmen gewählt. Der Candidat der liberalen Partei, Kreisgerichts-Rath Köhne in Neufeldtin, erhielt 51 Stimmen.]

**Kassel, 24. Januar.** [Proceß wegen Gotteslästerung.] Vor dem Appellationsgerichte kam am 22. d. die Anklage wider den zur socialistischen Arbeiterpartei gehörigen Klempner Kaiser wegen Gotteslästerung zur zweifinstanzlichen Verhandlung. Derselbe hatte in einer Ende October 1875 abgehaltenen Volksversammlung die auf Gott bezügliche Aeußerung gethan, „es müsse ein erbärmlicher Vater seiner Kinder sein, der dem einen Alles, dem anderen aber Nichts zukommen lasse“, und war deshalb vom Kreisgerichte in eine zweimonatliche Gefängnisstrafe verurtheilt worden. In Folge eingelegter Berufung kam die Sache heute unter nochmaliger Beweisaufnahme vor dem Appellationsgerichte zur Verhandlung. Der Angeklagte bestritt nicht, eine derartige Aeußerung gethan zu haben, behauptete aber, daß dieselbe sich nicht auf den persönlichen Gott, an dessen Existenz er gar nicht glaube, habe beziehen sollen, vielmehr sei das Gesagte nur bei spielsweise vorgebracht worden. Polizeicommissar Hömke bekundete, die Worte seien in ganz directer Rede gefallen und hätten wenigstens sein religiöses Gefühl auf das Höchste verletzt. Dagegen sagte der zur apostolisch-katholischen Gemeinde gehörige Zeuge Gutmann (Nicht-Socialist) aus, die incriminirte Aeußerung habe sich seiner Meinung nach nicht direct auf Gott beziehen sollen, auch habe dieselbe sein religiöses Gefühl nicht verletzt. Zwei weitere Zeugen, von denen der Eine (Schlosser und früherer socialistischer Agitator Henneberg) seine abweichende Ansicht in der Bedeutung des Eides darlegte, sagten für den Angeschuldigten günstig aus. Der Oberstaatsanwalt beantragte Befähigung des angefochtenen Urtheils, indem er auf den beschimpfenden und objectiv die Gläubigen verletzenden Charakter der den Gegenstand der Anklage bildenden Auslassung hinwies. Nach einer längeren Replik des Angeklagten, der im Näheren die „inneren Kämpfe“ bis zum Erreichen des nihilistischen Streitpunkts schilderte, wurde die Urtheilspublikation auf nächsten Sonnabend ausgesetzt.

### Österreich.

**Wien, 24. Januar.** [Die Stellung der Parteien zu Ungarn. — Die Schützjäger im Abgeordnetenhaus. — Rom und das Klostergebet.] Die Einigkeit der Verfassungskomitee, Ungarns Präermission gegenüber, scheint denn doch innerhalb der parlamentarischen Kreise erhebliche Fortschritte zu machen. Die mehrerwähnte Konferenz der Herrenhausmitglieder hat durch zwei ihrer Teilnehmer dem Ministerium offiziell mittheilen lassen: daß nach einmüthiger Ansicht aller Parteien weder eine weitere Lockerung der Reichseinheit, noch die geringste Mehrbelastung der Erblande zuzugestehen sei. Daß gerade die Feudalen, insbesondere Fürst Constantin Sartoryski, hierfür eintraten, beweist, daß die Herren sich auf solche Weise ein Bild bei Hofe einzulegen hoffen. Ganz dasselbe Schauspiel macht sich im Abgeordnetenhaus bemerkbar. Ein neuer Versuch des Grafen Hohenwart, die böhmischen Gesuchen zum Eintritt in den Reichsrath zu bewegen behufs gemeinsamer Ausnutzung der durch die Ausgleichs-Campagne gebotenen Conjunctionen ward in Prag kalt abgelehnt. Eine Annäherung der Rechtspartei an die Polen aber empfing die bestimmte Zurückweisung, daß die Letzteren in beiden Häusern der Regierung in der ungarischen Frage keine Verlegenheiten, sondern vorläufig einmal erst die ganze Verantwortung ungeschwächt allein zuweisen wollen. Selbstverständlich hat dies hingebende Vertrauen seinen Hintergedanken. Wie derselbe in den Herrenhaus-Conferenzen zum Ausdruck gekommen, habe ich schon berichtet. Was das Abgeordnetenhaus anbelangt, so spricht der „Remberger Dziennik“ das letzte Wort klar genug aus, wenn er sagt, die Polen und die Rechtspartei Hohenwarts hätten sich geeinigt, passiv zuzuwarten, bis die Centralisten sich mit den Ungarn geeinigt, „abgehegt“ haben würden. — Die Ausgleichsfrage stände somit nicht so übel, wenn nur nicht der Unverstand und Egoismus unserer Schützjäger der Reaction immer aufs Neue Vorschub leisten wollte. Jeder Unbefangene muß sich doch z. B. entschieden auf Seite der Ungarn stellen, wenn im wirtschaftlichen Ausschusse Anträge gestellt werden, wie die von Dornirer: „Die Regierung solle bei den Verhandlungen mit Ungarn fest und entschieden die Interessen der Erblande wahren“. Da nämlich hier unter den Interessen der dieselbeigen Reichshälfte nichts anders verstanden wird, als die Gelüste von ein paar Duzend Fabrikanten, auf Kosten der Consumenten Oesterreichs wie Ungarns zu leben. Der Ausdruck ist sehr schlaue gewählt: aber es liegt auch ein starkes Stück brutalsten Egoismus darin, den Kampf mit Ungarn um unser gutes Recht durch solche Motive zu fällen und uns, den Magyaren gegenüber, ins Unrecht zu bringen. Noch liegt für uns die größte Gefahr in der Möglichkeit, die Schützjäger-Frage könnte die Verfassungskomitee spalten. — Unter Klostergebet wäre, nach Berichten aus Rom, hauptsächlich auf Anrathen Andraffy's wieder vorgeführt worden. Derselbe befände darauf, eine Waffe zu erhalten, um sich des Zuges von Seiten der aus Deutschland vertriebenen Mönche und Nonnen zu erwehren, die ihm die Zirkel seiner auswärtigen Politik verwirren könnten. Uebrigens habe man in Rom bereits das Mittel ausfindig gemacht, um jene Bestimmung zu umgehen, die den Oesterreichischen Orden untersagt, sich von einem auswärtigen General abhängig zu erklären. Pater Bede in Rom delegirt nach den Ordensstatuten pro forma seine Vollmachten dem Oesterreichischen Provinzial Pater von Bülow, der pro forma Oesterreichischer Staatsbürger wird. Dann ist dem Geseß pro forma genügt und doch Alles geblieben, wie es war — genau so, wie in Innsbruck die Jesuiten-Professoren pro forma die Staatsprüfungen bestanden, damit die theologische Facultät der Sache nach fortbestehen konnte.

### Schweiz.

**Zürich, 19. Januar.** [Zum Budget. — Militärisches. — Zur Bern-Luzerner Bahn. — Bekämpfung der Rebellen. — Ultramontanes. — Kirchliches.] Zum ersten Mal schließt das eidgenössische Budget mit einem Deficit; man erwartet nur 16,240,279 Fr. Einnahmen, dagegen 17,374,879 Fr. Ausgaben. — Um genügenden Stoff für die Aufstellung eines genauen Reglements über die Aufgebote zu erlangen, hat das eidgenössische Mi-

litär-Departement eine lange Reihe Fragen an die Cantone gerichtet. — Die Bern-Luzerner Bahn ist zwar fertig, aber finanziell auch; ihre Obligationäre haben wegen Nichtzahlung des Zinses die Liquidation verlangt. — Der Canton Genf macht fortwährend große kostspielige Anstengungen, um die schändliche Reblaus auszurotten; Professor Carl Vogt ist dabei besonders thätig. Die ultramontanen Rebläuse schafft man sich leichter vom Hals. So wurde durch Verfüzung des Justiz- und Polizei-Departements der Abbe Morat, der sich an den Scandalaufritten zu Chene-Bourg in hervorragender Weise betheiligt und sonst verschiedenartig gegen die Genfer Kirchengeseße verfeßt hatte, des Landes verwiesen und von zwei Polize-Agenten zu Wagen an die französische Grenze geleitet; er weilt nun in Moilleulaz, bloß einige Minuten von Chene-Bourg, und kann sein Handwerk leicht weiter treiben. — Auf die gerechte Entrüstung, welche die kürzlich gemeldete Herausgabe des stockholmer Geschäfts-Almanachs mit Verzeichniß gutkatholischer Firmen überall in der Stadt Freiburg hervorgerufen hat, wurde von der Verwaltung der katholischen Buchdruckerei der Verkauf abgebrochen und es sah sich die conservative Partei zu der Erklärung veranlaßt, daß sie nicht Willens sei, die Verantwortung für die Handlungen gewisser Herren (Wullerier?), welche stetsfort auch in wichtigeren Dingen ganz eigenmächtig vorgingen. — Caplan Ernst in Gabisdorf, Kanton Aargau, hat nun richtig den Grund des furchtbaren Unglücks in Hellikon herausgefunden. Es sei nämlich zur Strafe dafür geschehen, daß der unglückliche Ort sich vor einiger Zeit für den Ultracatholicismus ausgesprochen habe! — Der Ansprache des Graubünder evangelischen Kirchenraths an das Volk ist vom Kleinen Rath das Placet aus dem Grunde verweigert worden, weil sie den Satz aufgestellt, es sei in Artikel 40 des Bundesgesetzes über Civilstand und Ehe ausdrücklich auf die kirchliche Trauung hingewiesen! Ueberhaupt finde der Kleine Rath, daß das Ausschreiben, indem es die bürgerliche Ehe gleichsam zu einer unchristlichen stempeln und die wahrhaft christliche Grundlage und Bestimmung des ehelichen Bundes von der kirchlichen Trauung abhängig machen wolle, den Ausdruck wahrer christlicher Toleranz und der Achtung vor der unverletzlichen Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht enthalte. — Die Beerdigungsfeier des Pfarrers Lang hat unter massenhafter Betheiligung aller Volksklassen stattgefunden. Aus Berlin empfing die Wittve den Ausdruck innigster Theilnahme von zehn freisinnigen Predigern, Sydow, Lisco, Hoppach u.

### Rußland.

**St. Petersburg, 19. Januar.** [Der „Golos“ und die Vermittelung der europäischen Großmächte.] Man hat von manchen Seiten noch bis zuletzt daran gezeifelt, ob Rußland es mit der Erhaltung des Status quo in der Türkei wirklich ernst meint, man hat selbst darüber gezögelt, ob Oesterreich und Rußland jetzt nicht gar an die Theilung der Türkei gehen würden. Mehrere englische Organe haben es plausibel gefunden, Frankreich aufzufordern, den drei Kaiserreichen gegenüber im Orient mit England einen Gegensatz zu bilden. Andere englische Organe reclamirten für England das Recht, bei der Vermittelung für die türkischen Christen ein Wort mitzureden, als wenn solches Recht von den russischen Organen je in Frage gestellt worden wäre. Die russischen Blätter haben niemals gewünscht, daß Rußland für die Herzegowiner ohne Zusammenwirken mit den anderen Mächten vermitteln sollte, sie haben auch nach dem englischen Suez-Kaufe, der die Interessen der Engländer noch vor dem Verschleiden des „kranken Mannes“ ungeheuer sicher stellte, die Kooperation aller Unterzeichner des Pariser Vertrages für notwendig gehalten und in der That ist ein solches Zusammenwirken aller Großmächte jetzt so weit außer aller Frage, daß über die Solidarität von ganz Europa der Türkei gegenüber kein Zweifel mehr möglich wird. Sehr bezeichnend ist in dieser Hinsicht der neueste Artikel des „Golos“ (Nr. 6). Er bezieht sich auf die Vorstellungen, in welchen die Großmächte dem Sultan die unverzügliche Durchführung der Reformen empfehlen werden. Die Pforte übernimmt bei der Acceptation der identischen Noten eine Verpflichtung, welche Europas Recht, die Ausführung der Reformen zu überwachen, noch besonders bestätigt. Der „Golos“ hält es nicht für glaublich, daß der Sultan die Vorstellungen der Mächte zurückweisen könnte — wiewohl das für die türkischen Christen insofern günstig wäre, als dadurch die In-dignation immer weiter um sich greifen und die Befreiung der Glaubensgenossen nicht auf sich warten lassen würde. Denn nur durch den Einfluß Rußlands und Oesterreich-Ungarns seien Serbien und Montenegro von der Betheiligung am Verzeihungskampfe der Herzegowina zurückgehalten worden: wenn der Sultan die Vorstellungen Europas aber ablehnt, dann lassen sich Serbien und Montenegro sowie andere christliche Stämme auf der Balkanhalbinsel schwerlich mehr beschwichtigen. Es ist somit zu erwarten, daß die Pforte die Vorstellungen beachtet, denn ein Verweisen auf die alten Firman's kann nicht genügen, da man weiß, wie die früheren Verprechungen der Türkei unausgeführt geblieben sind — Dank dem muslimänischen Fanatismus, welcher den Sultan zu einer Aenderung seines Regime ohne Intervention europäischer Mächte nicht kommen läßt. Der Sultan kann die ihm an's Herz gelegten Wünsche Europas um so eher erfüllen, als wie man hört, die Reformvorschlüge des Grafen Andraffy sich lediglich um Herzegowina und Bosnien drehen, sowie der Sultan im Jahre 1860 die Wünsche Europas in Bezug auf Syrien erfüllt hat, ohne an seiner Souveränität Schaden zu leiden; er ließ sich im Jahre 1861 sogar eine zeitweilige Occupation durch französische Truppen gefallen, und der Vertreter der Pforte bezeichnend diese im Interesse der Christen in Syrien angeordnete Maßregel als ein Zeichen der Sympathie. So ist denn in der That das von den Großmächten mit solidarischer Sinnmäßigkeit befürwortete Reform-Projekt des Grafen Andraffy nichts, was die Selbstständigkeit der Türkei oder deren Status quo beeinträchtigt, sondern im Gegenteil ein Mittel, den Status quo zu sichern. Rußland und Oesterreich-Ungarn sind von allen Mächten bei den Vorgängen in der Türkei am Meisten interessiert. Rußland hat ein besonderes Interesse, daß seinen Glaubensgenossen wirksam geholfen werde, Oesterreich, daß diese Wirren an seinen Grenzen aufhören; die Interessen beider Staaten vereinigen sich darin, daß der Status quo erhalten und den Herzegowinern erträgliche Zustände geschaffen würden. Es versteht sich daher von selbst, daß Rußland und Oesterreich ihre Gedanken in der Weise ausgetauscht haben müssen, daß der Status quo fortbesteht, denn unter dieser Voraussetzung vereinigen sich die beiderseitigen Interessen am besten. Dazu ist gerade die Politik Alexanders II. immer von der aufrichtigsten Friedensliebe durchdrungen und diese Friedensrichtung für die Entwicklung unserer materiellen und ökonomischen Kräfte von dem größten Nutzen gewesen; weder das russische Volk noch die russische Presse verlangt oder wünscht in dieser Beziehung eine Aenderung. Zuletzt macht der „Golos“ einerseits auf die Wichtigkeit der Frage, wie die Ausführung der Reformen in der Türkei am besten sicherzustellen sei, aufmerksam, und andererseits betont er die Nothwendigkeit, daß die Pacification der Balkanhalbinsel — selbst im Interesse der Türkei — möglichst bald zu Stande gebracht würde, ehe der Zustand noch andere Kreise hineinzöge.

Berlin, 25. Januar. Auch das heutige Geschäft hatte keine Zunahme im Verkehr aufzuweisen, da man es vermeidet, in neue Unternehmungen einzutreten, bevor sich der Gang der Ultimo-Regulirung mit einiger Gewißheit übersehen läßt. Auf dem Speculationsmarkte blieb die Geschäftsthatigkeit hauptsächlich darauf beschränkt, das schwebende Engagement thätlich zu verringern. Von dieser Intention geleitet, führten die Baissiers wiederum Deckungskäufe von einigem Umfang aus und verließen dadurch dem Markte eine festere Physiognomie. Mit Beginn der zweiten Börsestraße trat gewissermaßen ein Wechsel in der allgemeinen Haltung ein. Eine größere Firma hatte einen nicht unbedeutenden Posten Lombarden zu verkaufen und sank, als dies bekannt wurde, die Notiz um 3 Mark. Von hieraus fand die Baissie bei der herrschenden Geschäftstille leicht über alle vermandten Branchen Verbreitung, zumal die Meldung von Zahlungsstodungen in Aiga als Situationszeichen noch verstimmte. Erst ganz gegen den Schluß der Börse konnte wieder eine günstigere Stimmung zum Durchbruch gelangen. Mit Ausnahme von Lombarden, die mit einer Einbuße von 5 Mark aus dem heutigen Verkehr hervorgingen, hielten sich die internationalen Speculationseffecten im gestrigen Niveau. Die Prolongationsfäße haben sich wenig geändert. Es bedangen: Credit 50—60 Pfg. Depot, Lombarden 70—90 Pfg. Depot, Franzosen 70—90 Pfg. Depot, Reichsbank 1/2% bis 1% Report, Disconto-Commandit 1/2—1% Depot, Laurahütte 1/2—1% Depot. Die österreichischen Nebenbahnen waren verhältnismäßig fest, Rudolfsbahn zog etwas an. Locale Speculationswerthe nicht unbeachtet. Disc. Comm. 126, ult. 126—5 1/2—6. Dorim. Union fest, 9,60, ult. — Laurahütte 69,50, ult. 69,75—69,40—69,75. Auswärtige Staatsanleihen recht fest, namentlich Amerikaner beliebt. Diese wie Oesterr. Rente und Türken höher. Russische Wertre fest, nur Prämienanleihen schwach. Preussische und andere deutsche Staatsanleihen still. Badische Prämienanl. und Braunschw. beliebter; von Prät. Prioritäten Stettiner V., Bergische VII. etwas niedriger und Potsdamer Lit. F. ziemlich rege, Anhalter Lit. C. wenig verändert am Schluß matt. Auf dem Eisenbahnmarkt war der Verkehr gering. Potsdamer und Halberstädter angeboten. Köln-Mindener Lit. B. begehrt. Vättig-Vimburger und Nahebahn sehr fest. Schweizer Union höher. Rumänen ziemlich fest, Stamm-Prioritäts-Actien dagegen wohl im Zusammenhang mit den neueren Abmachungen gedrückt. Bankactien ruhig, Centralbank für Industrie, Bankverein und Preussische Bodencredit gingen zu höherer Notiz ziemlich lebhaft um. Braunschweiger Hypothekbank zog etwas an. Kassenerverein steigend, Braunschweiger Bank besser, Gothaer Grundcredit (junge und alte) beliebt, Chemnitzer Bankverein höher, Berliner Handelsgesellschaft ging in Posten um. Industriepapiere wenig beliebt, Vereinsbrauerei matt und stärker gedrückt, Oerle anziehend, Centralactoren steigend und über Cours gesucht, Biehoff besser, Große Pferdebahn sehr lebhaft, Eiswerke trotz des Brandes höher, Schwarzkopff und Oberschlesischer Eisenbahnbedarf weichend, Bochumer und Zarnowitzer zogen an, Deutsches Bergwerk fest, Braunschweiger Kohlen stark angeboten. — Um 2 1/2 Uhr: Schwach. Credit 335 1/2, Lombarden 198, Franzosen 518, Reichsbank 159 1/2, Disconto-Commandit 125 1/2, Dortmund Union 9,60, Laurahütte 61 1/2, Köln-Mindener 94 1/2, Rheinische 113, Bergische 78 1/2, Rumänen 28. (Bank- u. S.-Z.)

### Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegraph.-Bureau.)

**Wien, 25. Jan., Abends.** Die „Politische Correspondenz“ meldet aus Athen die Ernennung neuer Gesandten als bevorstehend: Drallas Armenes ist für Petersburg, Professor Rhangabe für Berlin, Theodor Delvannis für Paris oder Rom designirt. Ipslantli verbleibt in Wien.

**Brüssel, 25. Jan.** Die „Independance belge“ meldet unter ausdrücklichem Vorbehalte, die strikenden Kohlengrubenarbeiter in Charleroi hätten sich trotz des Verbotes der Behörden zusammengetrotet, seien aber durch die Gendarmen sofort wieder zerstreut worden. Zu einem ernstlichen Zwischenfall sei es hierbei nicht gekommen. Der Strike sei im Abnehmen begriffen.

**Petersburg, 25. Jan.** Der Kaiser hat dem Baron Stieglitz, welcher dem Stiftungsfonds der technischen Zeichenschule ein Geschenk von 1 Million Rubel zugewendet hat, in einem besonderen Handschreiben seinen Dank zu erkennen gegeben. — Der „Regierungs-Anzeiger“ veröffentlicht die Namen der neu ernannten Präsidenten für die Bezirksgerichte und des Staatsanwalts bei dem Justiz-Senat in Warschau.

**Konstantinopel, 24. Januar.** Nach der Darstellung des türkischen Consuls in Ragusa, von welchem eine vom 21. cr. datirte Depesche eingegangen ist, wurden die am 18. und 19. bei Trebinje stattgehabten Kämpfe mit den Insurgenten durch eine Recognoscirung der Garnison von Trebinje herbeigeführt. Die Insurgenten verloren ihren Anführer Baccio und wurden zurückgeschlagen.

**Bukarest, 25. Januar.** Die Deputirtenkammer hat ihre Sitzungen heute wieder aufgenommen. Von Seiten der Regierung sind verschiedene Vorlagen eingegangen. Der Kriegsminister brachte einen Antrag ein auf Bewilligung eines Extra-Credits von 5,600,000 Fres. zur Befreiung der Kosten für die Ausrüstung der Armee und forderte für diesen Antrag die Dringlichkeit. Derselbe wird zugelassen. Der Finanzminister legte einen Gesetzentwurf vor, nach welchem die Landes-Münzen künftig mit dem Bildniß des Fürsten geprägt werden sollen.

(L. Hirsch' telegraphisches Bureau.)

**Wien, 25. Januar.** Ein Bukarester Telegramm des heutigen „Tageblatt“ meldet: Die Griechen in Braila und Galaz haben beschloffen, ein Freiwilligen-corps zu bilden, welches in Thessalien operiren soll. Ein Millionär aus Odessa stellte zu diesem Zwecke eine namhafte Summe dem Galazer Comite zur Verfügung.

**Ragusa, 25. Januar.** Von Kled und Trebinje sind türkische Truppen im Anmarsch auf die Positionen der Insurgenten an der Straße von Ragusa nach Carina. Neue Kämpfe stehen daher bevor. Der neue Commandant der Insurgenten, Pefo Paulowich, war vorgestern in einer Mission an dem fürstlichen Hoflager zu Settinja und ist bereits wieder in das Insurgentenlager zurückgekehrt.

**Bukarest, 25. Januar.** Sämmtliche rumänische Minister sind vom Kaiser von Oesterreich aus noch unbekanntem Anlaß mit hohen Orden ausgezeichnet worden. Der diplomatische Agent Rumänens, Costaforu, erhielt den Orden der eisernen Krone 1. Klasse, man glaubt, wegen der Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Neutralität Rumänens.

**Petersburg, 25. Januar.** Man hegt lebhafteste Besorgnisse für das Leben der Schwester des Kaisers von Rußland, Großfürstin Maria (verwitwete Herzogin v. Leuchtenberg), welche an der Wassersucht erkrankt ist. Die Hofbälle wurden deshalb bis auf Weiteres abgesezt. — Fürst Urusoff, bisher erster Secretär bei der Botschaft in Wien, wurde statt des Herrn v. Kapnist zum diplomatischen Agenten Rußland beim Papste ernannt.

### Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 25. 26.	Radm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	339 <sup>0</sup> 98	339 <sup>0</sup> 70	338 <sup>0</sup> 25
Luftwärme	— 0 <sup>0</sup> 9	— 0 <sup>0</sup> 9	— 1 <sup>0</sup> 7
Thaumdruck	2 <sup>0</sup> 01	1 <sup>0</sup> 36	— 1 <sup>0</sup> 62
Thaumfähigkeit	93 pCt.	74 pCt.	95 pCt.
Wind	NW. 1	SO. 1	SO. 1
Wetter	trübe.	trübe.	trübe.

Breslau, 26. Jan. [Wasserstand.] D. B. 4 M. 56 Cm. U. B. — M. 34 C. G. S. t. a. n. d.

Berliner Börse vom 23. Januar 1876.

Wochen-Course. Amsterdam 100 Fl. 163.60 bz, London 1 Lstr. 3 M. 168.30 bz, Paris 100 Fr. 8 T. 4 89.35 bz, etc.

Eisenbahn-Stamm-Actien. Aachen-Mastricht 1874 1875 ZL 23 bz G, Berg-Markische 3 4 23 bz G, Berlin-Anhalt 3 4 105.60 bz, etc.

Fonds- und Geld-Course. Staats-Anl. 4 1/2% consol. 105.10 bz, Staats-Schuldenscheine 3 1/2% 92.40 bz, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berlin-Görlitzer 4 5 63.50 G, Berliner Nordbahn 0 0 fr., Breslauer Nordbahn 0 0 fr., etc.

Hypothek-Certificat. Krupp'sche Partial-Gbl. 100.00 G, Uckerh. Pfd. d. Pr. Hyp. 4 1/2% 89.00 bz G, etc.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Berlin-Görlitzer 4 5 63.50 G, Berliner Nordbahn 0 0 fr., Breslauer Nordbahn 0 0 fr., etc.

Ausländische Fonds. Oest. Silber-Rente 4 1/2% 84.80 bz, Oest. Papierrente 4 1/2% 66.40 bz, etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berg-Markische 3 4 23 bz G, Berlin-Anhalt 3 4 105.60 bz, Berlin-Dresdner 3 4 91.25 bz, etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berlin-Görlitzer 4 5 63.50 G, Berliner Nordbahn 0 0 fr., Breslauer Nordbahn 0 0 fr., etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berg-Markische 3 4 23 bz G, Berlin-Anhalt 3 4 105.60 bz, Berlin-Dresdner 3 4 91.25 bz, etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berlin-Görlitzer 4 5 63.50 G, Berliner Nordbahn 0 0 fr., Breslauer Nordbahn 0 0 fr., etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berg-Markische 3 4 23 bz G, Berlin-Anhalt 3 4 105.60 bz, Berlin-Dresdner 3 4 91.25 bz, etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berlin-Görlitzer 4 5 63.50 G, Berliner Nordbahn 0 0 fr., Breslauer Nordbahn 0 0 fr., etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berg-Markische 3 4 23 bz G, Berlin-Anhalt 3 4 105.60 bz, Berlin-Dresdner 3 4 91.25 bz, etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berlin-Görlitzer 4 5 63.50 G, Berliner Nordbahn 0 0 fr., Breslauer Nordbahn 0 0 fr., etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berg-Markische 3 4 23 bz G, Berlin-Anhalt 3 4 105.60 bz, Berlin-Dresdner 3 4 91.25 bz, etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berlin-Görlitzer 4 5 63.50 G, Berliner Nordbahn 0 0 fr., Breslauer Nordbahn 0 0 fr., etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berg-Markische 3 4 23 bz G, Berlin-Anhalt 3 4 105.60 bz, Berlin-Dresdner 3 4 91.25 bz, etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berlin-Görlitzer 4 5 63.50 G, Berliner Nordbahn 0 0 fr., Breslauer Nordbahn 0 0 fr., etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berg-Markische 3 4 23 bz G, Berlin-Anhalt 3 4 105.60 bz, Berlin-Dresdner 3 4 91.25 bz, etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berlin-Görlitzer 4 5 63.50 G, Berliner Nordbahn 0 0 fr., Breslauer Nordbahn 0 0 fr., etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berg-Markische 3 4 23 bz G, Berlin-Anhalt 3 4 105.60 bz, Berlin-Dresdner 3 4 91.25 bz, etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G. 5 4 conv. —, Anglo-Deutsche Bk. 0 0 64 B, etc.

Öbhmische Westbahn 164%, Elisabethbahn 144%, Galizier 172%, etc. Bapierrente 60%, Russ. Bodencredit 85%, etc.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 167%, Franzosen 258%, Lombarden 98%, etc. Privatdiscont 3% pEt.

Hamburg, 25. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr. 115%, Silberrente 64%, etc.

Hamburg, 25. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, auf Termine matt, Roggen loco still, etc.

Petersburg, 25. Januar, Nachmittags 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf London 3 Mon. 317 1/2, etc.

Königsberg, 25. Januar, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen unverändert, Roggen still, etc.

Münchberg, 24. Januar. [Hopfenbericht.] Gestern sind 260-280 Ballen zum Abschluss gelangt, etc.

[Franz-Josephbahn.] Die Mittheilung von einer bevorstehenden Prioritäten-Emission der Franz-Josephbahn ist bis jetzt ohne Widerlegung geblieben, etc.

Berlin, 25. Jan. [Producentenbericht.] Roggen hatte sich an heutigen Märkte nicht voll zu behaupten vermocht, etc.

Weizen loco 175-210 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, weiser märktischer - M. ab Bahn bez., etc.

150-172 M. pomeranischer 154-173 M. bez., medlenburgerischer 154-173 M. bez., böhmischer 154-173 M. ab Bahn bez., etc.

Breslau, 26. Jan. 9 1/2 Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Marke war im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigen Zufuhren und unbedeutenden Preisen.

Weizen, nur seine Qualitäten preishaltend, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 15,70 bis 18,00 Mark, gelber 15,50-16,75-18,50 Mark, etc.

Roggen in matter Haltung, per 100 Kilogr. 14,00 bis 14,75 bis 16,25 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Pro 100 Kilogramm netto in Markt und Pf. Schlag-Feinast 27 - 25 - 22 25, Winterraps 30 25 - 29 25, etc.

400 Mark Belohnung. In vergangener Nacht sind mir mittelst Einbruchs aus meinem Comptoir folgende Werthpapiere gestohlen worden:

3 Reichsscheine à 1000 Mark, 1 preussische Banknote zu 100 Thaler, 2 Gothaer Kassenbilletts à 5 Thaler, etc.

Stadt-Theater. Mittwoch, den 26. Jan. Siebenzehnte Vorstellung im Hons-Abonnement. Die Afrikanerin. Große Oper mit Tanz in 5 Acten von Scribe.

Lobe-Theater. Mittwoch, Donnerstag und Freitag: Die Reife um die Erde in 80 Tagen. Sonnabend. 3. 1. M.: Faublas.